

2 Demographische Rahmenbedingungen

2.1 Die Bedeutung des demographischen Wandels

Deutschland und zahlreiche weitere Industrienationen stehen aufgrund des Wandels der demographischen Rahmenbedingungen vor elementaren Herausforderungen. Der sogenannte doppelte Alterungsprozess, also stabil niedrige Geburtenraten und ein stetiger Anstieg der Lebenserwartung, führen zu einer Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft (Kalache et al. 2005, S. 30). Gemäß der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird der Anteil der über 65-Jährigen von 20% im Jahr 2008 auf 34% im Jahr 2060 ansteigen. Gleichzeitig wird bei Fortsetzung der aktuellen demographischen Entwicklung die Bevölkerungszahl Deutschlands von ca. 82 Mio. im Jahr 2008 auf 65- bis 70 Mio. im Jahr 2060 abnehmen (Statistisches Bundesamt 2009, S. 5).

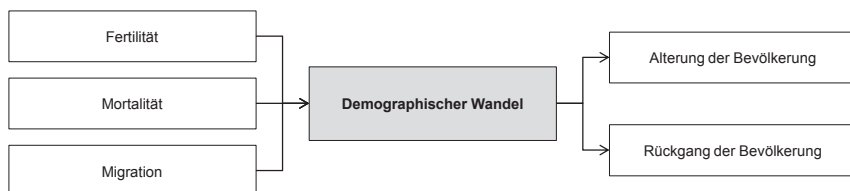
Zum einen hat diese Entwicklung erhebliche Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme in Form des umlagefinanzierten Rentensystems sowie der Kranken- und Pflegeversicherung. Zum anderen ist auch der Arbeitsmarkt durch eine Verringerung und Alterung der Erwerbspersonen betroffen. Zahlreiche Ökonomen prognostizieren daher einen tiefgreifenden makroökonomischen Strukturwandel in Deutschland (Rürup 2003, S. 52; Börsch-Supan und Wilke 2007, S. 2; Fuchs et al. 2011, S. 1). Ein präzises Verständnis des demographischen Strukturwandels und seiner Determinanten ist somit für das strategische Personalmanagement unabdingbar.

Da in dieser Arbeit die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Personalmanagement von Unternehmen untersucht werden, steht in den folgenden Kapiteln die Analyse des Erwerbspersonenpotenzials im Vordergrund. Zunächst werden hierbei die Einflussfaktoren von demographischen Entwicklungsprozessen detailliert untersucht, weil diese die Grundlage für ein präzises Bild der Arbeitsmarktstrukturveränderungen (Abschnitt 2.3) darstellen.

2.2 Einflussgrößen des demographischen Wandels

Die demographische Entwicklung der Gesamtbevölkerung wird durch drei Determinanten bestimmt (Rürup 2003, S. 52; Börsch-Supan und Wilke 2007, S.2; Fuchs et al. 2011, S. 1; Schulz und Hannemann 2007, S. 712): Die Geburtenhäufigkeit pro Frau (Fertilität), die Lebenserwartung bzw. Mortalität und das Wanderungssaldo (Migration) (Abbildung 2). In den drei nachfolgenden Abschnitten werden zunächst vergangene und gegenwärtige Entwicklungen der einzelnen Determinanten betrachtet, um eine Datenbasis für die Auswahl von Prognoseannahmen zu schaffen.

Abbildung 2: Einflussfaktoren der demographischen Entwicklung



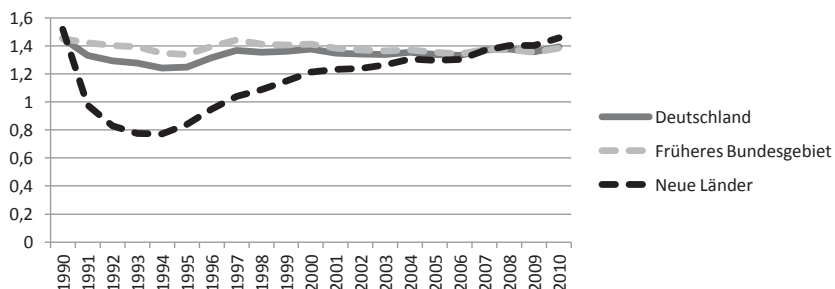
Quelle: Sporket (2011, S. 16), eigene Darstellung

2.2.1 Fertilität

Die Fertilitätsrate beschreibt die durchschnittliche Anzahl der Geburten im Verlauf des Lebens einer Frau. Seit Ende der 1960er Jahre sind in Deutschland die Geburtenraten stark zurückgegangen. Der sogenannte Baby-Boom der 50er und 60er Jahre endete in den neuen Bundesländern bereits 1965, in den alten Bundesländern setzte der Rückgang erstmalig im Jahr 1967 ein (Rürup 2003, S. 52; Fuchs et al. 2008, S. 7; Statistisches Bundesamt 2012b, S. 15). Seit mehreren Jahren hat sich die Fertilitätsrate auf einen Wert von 1,4 Geburten je Frau eingependelt (Abbildung 3). Damit liegt die Geburtenziffer deutlich unterhalb des Wertes von 2,1², der für die Erhaltung des Bestands notwendig wäre (Rürup 2003, S. 52).

² Dieser Wert liegt etwas oberhalb von zwei, da regelmäßig mehr Jungen als Mädchen geboren werden (Rürup 2003: 52).

Abbildung 3: Entwicklung der Geburtenrate in Deutschland



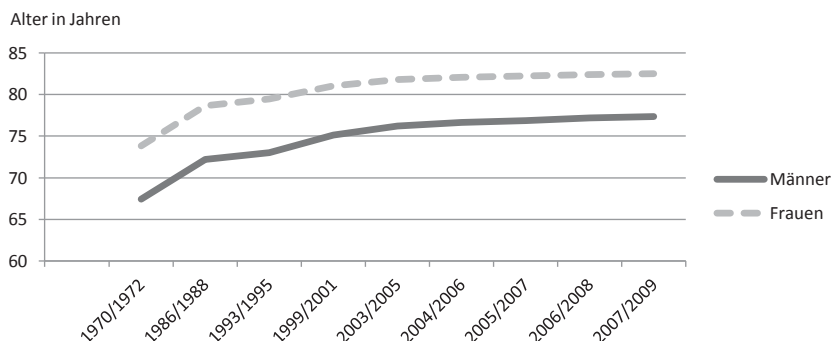
Quelle: Statistisches Bundesamt (2012b, S. 14), eigene Darstellung

Die Ursachen für die konstant niedrige Geburtenziffer sind vielfältig und nicht auf einen einzelnen Grund zurückzuführen. Häufig genannt werden bspw. die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen, die Auflösung des Kleinfamilienmusters hin zu einer individuellen Lebensperspektive, die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die als schwierig empfundene Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Schmid 2002, S. 8; Birg 2005, S. 42 ff.).

2.2.2 Mortalität

Die Mortalität bzw. die Lebenserwartung ist die zweite entscheidende Determinante für die demographische Entwicklung. Die Entwicklung der Lebenserwartung zeigt sich zum einen an der Lebenserwartung Neugeborener, zum anderen an der sogenannten ferneren Lebenserwartung, also an der Zahl der zu erwartenden weiteren Lebensjahre bei Erreichen eines bestimmten Alters. Von 1970 bis 2009 ist die Lebenserwartung männlicher Neugeborener von 67 auf 77 Jahre und bei den Frauen von 74 auf 83 Jahre angestiegen (Statistisches Bundesamt 2012c, S. 480) (Abbildung 4). Hinsichtlich der ferneren Lebenserwartung 60-Jähriger ist bei den Männern im gleichen Betrachtungszeitraum ein Anstieg von 15 auf 21 Jahre zu beobachten. Bei den Frauen stieg die ferne Lebenserwartung von 19 auf 25 Jahre (Statistisches Bundesamt 2012c, S. 481).

Abbildung 4: Entwicklung der Lebenserwartung Neugeborener in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt (2012c, S. 480), eigene Darstellung

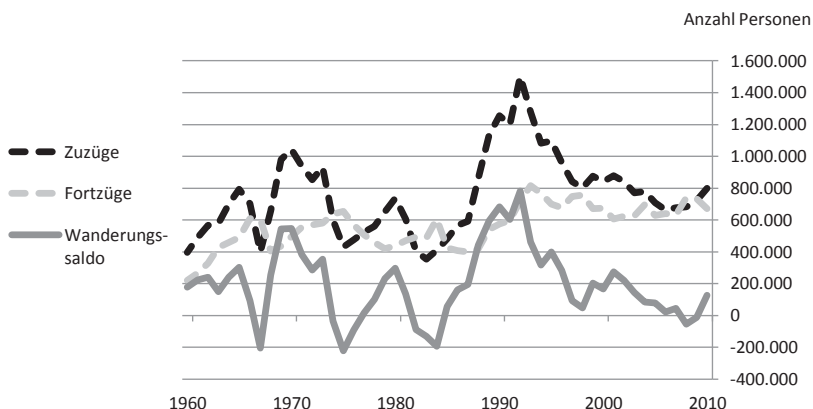
Die Gründe für den Anstieg der Lebenserwartung sind ebenso wie der Rückgang der Geburtenziffer nicht monokausal. Zu nennen sind vor allem das verbesserte Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung in Deutschland, der medizinisch-technische Fortschritt sowie die Optimierung der gesundheitlichen Versorgung, die zu einer sinkenden Mortalitätsrate bzw. steigenden Lebenserwartung geführt haben (Rürup 2003, S. 53; Bäcker et al. 2008, S. 166; Doblhammer et al. 2012, S. 450).

2.2.3 Migration

Die Migration ist die dritte Komponente, welche die Entwicklung der Bevölkerung bestimmt. Maßgeblich ist in diesem Zusammenhang der sich aus der Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen ergebende Wanderungssaldo, der das eigentliche Maß der Zuwanderung darstellt. Bei Betrachtung der Migration von 1960 bis 2010 lassen sich starke Schwankungen feststellen, wodurch kein eindeutiger Trend ableitbar ist (Abbildung 5). Dies liegt darin begründet, dass der Wanderungssaldo sowohl von politischen, wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen in den Herkunftsländern als auch von der Migrations- und Sozialpolitik Deutschlands abhängt (Rürup 2003, S. 54; Statistisches Bundesamt 2006, S. 44). Beispielsweise wurden in den 60er Jahren zahlreiche ausländische Arbeitskräfte angeworben, um der steigenden Arbeitsmarktnachfrage der expandierenden Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

gerecht zu werden. Der Ölpreisschock 1973 führte jedoch aufgrund der entstehenden Wirtschaftskrise zu einer Begrenzung der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften, was sich sehr deutlich in einem massiven Abfall der Migration seit Mitte der 70er Jahre widerspiegelt (Rürup 2003, S. 54).

Abbildung 5: Entwicklung der Migration in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt (2012a, S. 11), eigene Darstellung

Die politischen Umbrüche Ende der 80er Jahre führten wiederum durch den Zugang von Spätaussiedlern, Asylbewerbern und Bürgerrechtsflüchtlingen zu einem starken Anstieg der Zuwanderungen (Schulz und Hannemann 2007, S. 710). Durch die Reform des Asylrechts, die Änderung bei der Aufnahme von Spätaussiedlern und die Rückführung von Bürgerrechtsflüchtlingen kann jedoch seit Mitte der 90er Jahre abermals ein merklicher Rückgang des Wanderungssaldos verzeichnet werden (Rürup 2003, S. 54; Schulz und Hannemann 2007, S. 710; Fuchs et al. 2008, S. 7).

Die historische Entwicklung der Migration macht deutlich, dass die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen einen elementaren Einfluss auf das Migrationsgeschehen haben, was diese Determinante der demographischen Entwicklung zu einer sehr schwierig zu prognostizierenden Größe macht (Schulz und Hannemann 2007, S. 710).

2.3 Prognostizierte Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland

Nachdem die historische Entwicklung der Einflussfaktoren des demographischen Wandels analysiert wurde, liegt der Fokus in diesem Abschnitt zunächst auf der Vorausberechnung von zukünftigen Bevölkerungszahlen. Anschließend wird auf Basis dieser Prognosen auch die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials in Deutschland für die nächsten Dekaden aufgezeigt.

Prognosen zur Bevölkerungsvorausberechnung basieren üblicherweise auf verschiedenen Modellannahmen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung ihrer Einflussfaktoren Fertilität, Mortalität und Migration. Um eine möglichst repräsentative Datenbasis für die Analyse und Prognose der Bevölkerungsvorausberechnung verwenden zu können, werden zunächst die Annahmen von vier bedeutenden Instituten der Demographieforschung in Deutschland verglichen. In Tabelle 1 werden die Prämissen der Rürup Kommission, des Statistischen Bundesamtes (StBA), des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA)³ veranschaulicht. Die Anzahl der Annahmevarianten differiert von Institut zu Institut erheblich. Während die Rürup Kommission in ihren Berechnungen lediglich eine Basisvariante verwendet, berechnet das Statistische Bundesamt in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zwölf Szenarien. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt sechs verschiedene Alternativen gegenüber und das MEA offeriert lediglich zwei Varianten hinsichtlich der Lebenserwartung Neugeborener. Weiterhin zeigt sich, dass die Mehrzahl der Institute eine konstante Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau prognostiziert. Lediglich das Statistische Bundesamt berechnet zwei Alternativszenarien mit 1,2 bzw. 1,6 Kindern pro Frau. Alle Institute gehen demnach von einer Geburtenziffer aus, die deutlich unter der bestandserhaltenden Ziffer von 2,1 liegt.

Eine deutliche Erhöhung der Geburtenziffer ist allenfalls über einen sehr langfristigen Zeitraum vorstellbar, da entscheidende Stellschrauben der Geburtenhäufigkeit wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine Veränderung des Stellenwertes von Kindern sowie die Schaffung zusätzlicher Betreuungsmög-

³ Das Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA) der Universität Mannheim wurde am 01. Juli 2011 in das Munich Center for the Economics of Aging (MEA), eine Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, umgewandelt.

lichkeiten sehr langwierige Prozesse darstellen (Rürup 2003, S. 52; Statistisches Bundesamt 2009, S. 27). Die Geburtenrate wirkt sich überdies nur langfristig auf die Bevölkerungsentwicklung aus und hat nur in Zusammenhang mit einer entsprechenden Bildungssituation einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt. Eine weiterhin konstante Rate von 1,4 Kindern pro Frau ist für Projektionen bis 2050 also durchaus realistisch (Börsch-Supan und Wilke 2007, S. 4).

Tabelle 1: Annahmen verschiedener Institute zur Bevölkerungsvorausberechnung in Deutschland

Institut (Jahr)	Variante	Geburtenrate (Geburten/ Frau)	Wanderungs- saldo p.a. (in Tsd. Personen)	Lebenserwartung Neugeborener (Jahre)	
				Männer	Frauen
Rürup Kommission (2003)	1	1,40	200	81,3	86,6
	5-W1	1,20			
	1-W1	1,40	100	85,0	89,2
	3-W1	1,60			
Statistisches Bundesamt (2009)	5-W2	1,20			
	1-W2	1,40	200	85,0	89,2
	3-W2	1,60			
	6-W1	1,20			
	2-W1	1,40	100	87,7	91,2
	4-W1	1,60			
	6-W2	1,20			
	2-W2	1,40	200	87,7	91,2
	4-W2	1,60			

Institut (Jahr)	Variante	Geburtenrate (Geburten/ Frau)	Wanderungs- saldo p.a. (in Tsd. Personen)	Lebenserwartung Neugeborener (Jahre)	
				Männer	Frauen
DIW (2007)	1a	1,4	100	84,3	86,9
	1b		200		
	1c		270		
	2a		100	85,9	88,7
	2b		200		
	2c		270		
MEA (2007)	Niedrige Variante	1,4	150	83,5	88,0
	Hohe Va- riante			85,7	91,7

Quelle: Rürup (2003, S. 52 ff.); Schulz und Hannemann (2007, S. 706 ff.); Börsch-Supan und Wilke (2007, S. 5); Statistisches Bundesamt (2009, S. 38), eigene Darstellung

Hinsichtlich der Lebenserwartung Neugeborener sind sich alle Institutionen einig, dass auch in Zukunft im Durchschnitt mit einem steigenden Lebensalter gerechnet werden kann. Zum einen lässt die historische Entwicklung dies vermuten. Zum anderen wird nicht von einer Abnahme des medizinisch-technischen Fortschritts, der Optimierung der gesundheitlichen Versorgung oder dem Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung ausgegangen (Statistisches Bundesamt 2009, S. 29). Lediglich das Ausmaß des Anstiegs der Lebenserwartung ist von Institut zu Institut sehr unterschiedlich. Die mittlere Variante der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes mit einem erwarteten Lebensalter von 85,0 (Männer) bzw. 89,2 (Frauen) Jahren erscheint unter diesem Umständen im Vergleich mit den anderen Instituten als sinnvolle und repräsentative Prämisse.

Die wohl am schwierigsten zu prognostizierende Determinante der demographischen Entwicklung ist die Migration. Die historische Entwicklung der Migration macht deutlich, dass verschiedenste politische, wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen einen elementaren Einfluss auf das Migrationsge-

schehen haben können. Zwar ist durch Maßnahmen wie die Einführung der sogenannten Blue Card⁴ oder die seit 2011 bestehende Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU Mitgliedstaaten⁵ (Schulz und Hannemann 2007, S. 710) mit einem weiterhin positiven Wanderungssaldo zu rechnen. Fraglich und strittig ist aber auch hier die Höhe der Migration, was sich in den stark schwankenden Annahmen der Institute zeigt, die zwischen einem Wanderungssaldo von 100.000 bis 270.000 Personen pro Jahr differieren.

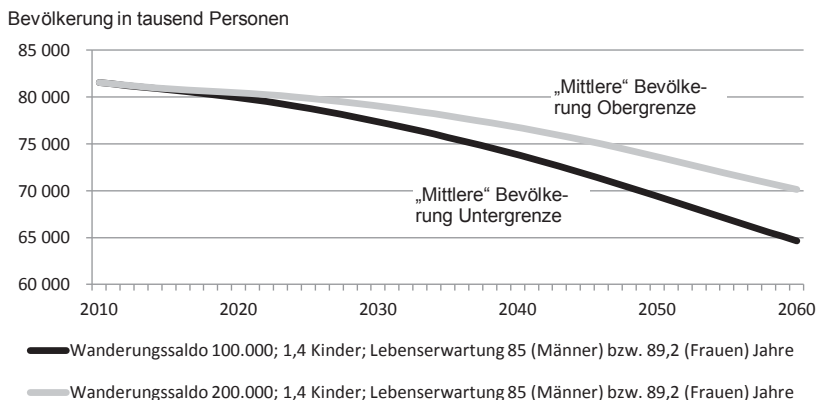
Nach dem Vergleich der verschiedenen Prognoseszenarien aller Institute lässt sich zusammenfassend festhalten, dass vor allem die „mittleren“ Annahmeverarianten des Statistischen Bundesamtes eine repräsentative Datenbasis für die Bevölkerungsvorausschätzung darstellen. Diese mittleren Varianten, die auch schwerpunktmäßig in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes verwendet werden, gehen von einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau sowie einer Lebenserwartung von 85 (Männer) bzw. 89 (Frauen) Jahren aus. Lediglich für die Höhe des Wanderungssaldos werden zwei Varianten mit einer positiven Migration von 100.000 bzw. 200.000 Personen pro Jahr berechnet. Diese Vorgehensweise entspricht auch der vorangegangenen Analyse, welche die Migration als unsicherste und sehr schwierig zu prognostizierende Größe herausgestellt hat (siehe Abschnitt 2.2.3).

Abbildung 6 zeigt die zwei mittleren Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Die Variante „mittlere“ Bevölkerung Obergrenze prognostiziert demnach einen Bevölkerungsrückgang von 82 Mio. Personen im Jahr 2010 auf ca. 70 Mio. im Jahr 2060. Die Variante „mittlere“ Bevölkerung Untergrenze erwartet bei einer Migration von nur 100.000 Personen einen Bevölkerungsrückgang auf ca. 65 Mio.

⁴ Im April 2012 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Gesetz zur Einführung der sogenannten Blue Card als vereinfachte Arbeitsgenehmigung für hochqualifizierte Fachleute aus Drittstaaten außerhalb der EU. Voraussetzung für den Erhalt der Blue Card sind ein Hochschulabschluss und ein Arbeitsvertrag mit einem Jahresgehalt von mindestens 44.800 Euro.

⁵ Seit Mai 2011 gilt in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Demnach können alle EU Bürger uneingeschränkt in Deutschland arbeiten.

Abbildung 6: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland von 2010 bis 2060



Quelle: Statistisches Bundesamt (2009, S. 12), eigene Darstellung

Noch interessanter als der absolute Rückgang der Bevölkerung ist jedoch vor allem die Veränderung der Altersstruktur, die für die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials maßgeblich ist (Börsch-Supan und Wilke 2007, S. 6). Abbildung 7 zeigt deutlich die Entwicklung der Personen im Erwerbsalter, die gemäß des Statistischen Bundesamtes zwischen 20 und 65 Jahren alt sind (Statistisches Bundesamt 2009, S. 19). Bei Verwendung der Variante „mittlere“ Bevölkerung Untergrenze wird die Zahl der 50- bis 64-jährigen Personen von 16,4 Mio. im Jahr 2010 auf 19,2 Mio. im Jahr 2020 zunehmen, was eine Steigerung um 17% bedeuten würde. Gleichzeitig wird ein Rückgang der 20- bis 30-Jährigen um 14% und der 30- bis 49-Jährigen um 16% bis 2020 prognostiziert. Die Altersstruktur der Personen im Erwerbsalter verändert sich also bereits in den nächsten 8- bis 10 Jahren deutlich in Richtung der 50- bis 64-Jährigen. Ab dem Jahr 2020, wenn die geburtenstarken 1960er Jahrgänge das Rentenalter erreichen, verschiebt sich die Altersstruktur der Personen im Erwerbsalter wieder hin zu den 30- bis 49-Jährigen. Jedoch wird die Gesamtzahl der Bevölkerung im Erwerbsalter deutlich sinken (Statistisches Bundesamt 2009, S. 18).

Strategisches Aging Workforce Management
Eine Untersuchung der Determinanten und
Implikationen von Mitarbeiterzufriedenheit bei
Beschäftigten unterschiedlichen Alters
Drabe, D.

2015, XVII, 317 S. 38 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-10718-5